

4186/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.07.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Lichtenberger, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Luftfahrtunrecht am Beispiel Reichhold/Innsbruck

Vom BMVIT und von den Flughafenbetreibern des Flughafens Innsbruck wird unter Vorspiegelung falscher Tatsachen - nämlich der Verbindlichkeit einer von Österreich gar nicht ratifizierten internationalen Regelung - nach wie vor die Innverlegung betrieben. Diese würden den Spielraum für den Ausbau und die intensivere Nutzung des Flughafens erweitern. Im Zusammenhang damit haben sich in den letzten Wochen drei wesentliche neue, ganz und gar nicht bürgerfreundliche Perspektiven ergeben:

- + Der vom Minister im persönlichen Gespräch vor Zeugen zugesicherte jederzeitige Termin für die Betroffenen FlughafenanrainerInnen wird verweigert,
- + Vertreter der Obersten Zivilluftfahrtbehörde im BMVIT kündigen ganz offen an, die zahlreich eingegangenen Anträge auf Parteienstellung im bevorstehenden Verfahren nach §68 LFG und gleich das ganze Verfahren durch Aufhebung/Zurückziehung des eigenen Bescheids und die Frage stattdessen (anrainerInnenfrei) nach §141 (3) "lösen" zu wollen,
- + im Ministerium wird im Auftrag des Bundesministers selbst eine Projektgruppe zur schnellen Erledigung von Flughafenverfahren eingerichtet, wobei Innsbruck nur das erste "Projekt" ist.

Im Hinblick auf die gerne behauptete Bürgerfreundlichkeit der Politik der FPÖ kann man diese Schritte nur als entlarvend bezeichnen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wann werden Sie bereit sein, den Innsbrucker FlughafenanrainerInnen den versprochenen Termin zu gewähren?
2. Warum wollen Sie sogar durch luftfahrtrechtliche Winkelzüge die gesetzeskonforme Mitwirkung der AnrainerInnen im Rahmen des Verfahrens zum ergangenen Bescheid bzw. zur Innverlegung hintertreiben?

3. Welchen Fortschritt soll die "schnellen Erledigung von Flughafenverfahren" in einem Feld bringen, in dem ohnedies den Anrainern und der Umwelt völlig unzureichender Schutz gewährt wird?
4. Welche "Flughafenverfahren" sollen neben dem "Fall Innsbruck" durch die von Ihnen beauftragte Projektgruppe "schnell erledigt" werden?